

"Varieties of Postcommunist Capitalism": der Einfluss der Europäischen Integration

Müller, Klaus

Veröffentlichungsversion / Published Version
Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Müller, K. (2008). "Varieties of Postcommunist Capitalism": der Einfluss der Europäischen Integration. In K.-S. Rehberg (Hrsg.), *Die Natur der Gesellschaft: Verhandlungen des 33. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Kassel 2006. Teilbd. 1 u. 2* (S. 3975-3984). Frankfurt am Main: Campus Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-155222>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

»Varieties of Postcommunist Capitalism«: Der Einfluss der Europäischen Integration

Klaus Müller

Von Märkten zu Institutionen: Theorien der zweiten Generation

Die Frage nach den »Varieties of Capitalism« in Osteuropa hat einen fruchtbaren Ausweg aus den festgefahrenen Kontroversen der 1990er Jahre aufgezeigt. Erinnert man sich zurück, dann war die Transformationsforschung zwischen einem makroökonomischen Empirismus und einer politikwissenschaftlichen Transitologie gefangen, die mit dem voluntaristischen Schema »radikaler« versus »gradueller« Reformpolitik operierten, so als seien diese Politikvarianten allein von Elitenentscheidungen abhängig. In den späten 1990er Jahren hat sich eine soziologisch informiertere Sichtweise durchgesetzt (s. Bönker/Müller/Pickel 2003), die einerseits die Endogenität von Reformpolitik betonte. Danach ist die Tragfähigkeit politischer Programme an ihre faktischen Auswirkungen rückgekoppelt, so dass nicht allein Entscheidungssituationen, sondern längere Zeiträume oder auch Reformzyklen in den Blick zu nehmen sind. Andererseits kann man von einer institutionalistischen Wende sprechen: Die Fixierung auf Märkte und Wahlen wurde auf ein breiteres Spektrum von Institutionalisierungsproblemen erweitert. Unter dem Stichwort von *Governance* (in Absetzung von *Government*) richtete sich die Aufmerksamkeit auf Korruption, rechtliche Rahmenbedingungen und vertrauensschaffende Institutionen.

Praktisch gewendet, lief dies auf eine revidierte politische Programmatik hinaus, die die institutionellen Voraussetzungen für einen fairen Zugang zu neuen Geschäftsfeldern schaffen, gleiche Eigentumsrechte gewährleisten und die Lasten des Systemwechsels gerecht verteilen will. *Second Generations Reforms* sollen nicht zuletzt übereilte Entstaatlichungen prüfen, die weniger zu selbstorganisierter Aktivität neuer Mittelklassen als vielmehr zur Okkupation der Gesetzgebung durch Machtsgruppen eingeladen hatten. Die in den neu geschaffenen Institutionen agierenden Personen standen der historisch einmaligen Neuverteilung von Eigentum und Einfluss keineswegs desinteressiert gegenüber, so dass die spezifische Problematik der postkommunistischen Institutionensysteme nicht auf die Logik funktionaler Differenzierung abgebildet werden kann:

»Since a country's institutions are the result of a complex interaction of economic and political factors, as well as its history and culture, they are likely to be quite persistent. Changing institutions can be a slow and difficult process, requiring both significant domestic political will and more fundamental measures to reduce the opportunity and incentives for particular groups to capture economic rents. Indeed, if the underlying causes of institutional weaknesses are not addressed, reform efforts may well have little effect on institutional outcomes, with changes in one institution simply being offset by changes in another.« (IMF 2005: 127)

Damit rücken dann auch theoretische Fragen »zweiter Ordnung« in den Vordergrund: nach den Pfaden institutionellen Wandels, nach institutionellen Komplementaritäten und der Vielgestaltigkeit von Institutionensystemen. Zu ihrer Klärung bieten sich jene Ansätze einer Betrachtung der institutionellen Varietät westlicher Gesellschaften an, die parallel zu den postkommunistischen Transformationen entstanden sind und unter dem Titel der *Varieties of Capitalism* die klassisch soziologische Frage nach funktionalen Alternativen in einer theoretisch ambitionierten Begrifflichkeit aufnehmen.

Die in den westlichen Ländern eingeschlagenen wirtschaftspolitischen und institutionellen Strategien, so der Ausgangspunkt der jüngeren vergleichenden politischen Ökonomie, erzielten unterschiedliche Erfolge, was die Bereitstellung öffentlicher Güter, die sozialen Sicherungssysteme, die Gestaltungsmacht staatlicher Institutionen, die Innovationsfähigkeit der Unternehmen und die Formen gesellschaftlicher Konfliktaustragung angeht. Von daher kann es keine einfachen Antworten auf die Voraussetzungen wirtschaftlichen Wachstums geben, und auch die Maßstäbe für erfolgreiche Reformen sind mehrdimensional. Die Forschungsperspektive richtet sich auf institutionelle Variationen und komparative institutionelle Vorteile in der Koordination verschiedener Entscheidungsbereiche, durch die gesellschaftliche Kohärenz erzielt werden kann.

In diesem Sinn hat die Literatur zu den *Varieties of Capitalism* zahlreiche »institutionelle Variablen« und »Logiken institutioneller Arrangements« herausgearbeitet, die das Profil der politischen Ökonomie eines Landes charakterisieren: Modi der Koordination, Regeln zur Herstellung individueller und kollektiver Bindungen, Formen des Austauschs, der Konfliktaustragung und der Organisation (Kitschelt u.a. 1999; Hall/Soskice 2001). Theoretischen Fortschritt erhoffen die Vertreter dieses Ansatzes von der Erkenntnis, dass die soziale Konfiguration, der »Stil« eines Landes bzw. einer Region über Marktbeziehungen hinaus auf sozialen Systemen der Produktion beruht, in die geteilte Auffassungen von Fairness, moralische Prinzipien und Traditionen eingehen, die symbolisch verankert sind, organisatorisch strukturiert und politisch verteidigt werden (Hollingsworth/Boyer 1997: 2).

Genau darin liegt ihre Relevanz für eine Theorie der Transformation: Die postkommunistischen Gesellschaften waren vor die Aufgabe gestellt, aus einer Situation

der Desintegration und des Bruchs heraus neue Formen der Vergesellschaftung zu entwickeln.

Varianten des postkommunistischen Kapitalismus

Aus soziologischer Sicht erschien die Erwartung, dass die postkommunistischen Länder dem Drehbuch radikaler Marktreformen folgen würden, von vornherein suspekt. David Stark hat früh auf die Defizite des neoliberalen Reformdiskurses und daraus resultierende Fehleinschätzungen hingewiesen: Nicht vertraut mit der institutionellen Logik der kommunistischen Systeme, sei er schlicht von deren Implosion ausgegangen; die bewährten westlichen Modelle würden rasch in das institutionelle Vakuum aufgesogen, alte Routinen den neuen Anreizstrukturen angepasst. Irritiert vom Dogma spontaner Selbstorganisation, wurden die komplexen institutionellen Voraussetzungen erfolgreicher Marktwirtschaften ignoriert. Unter postkommunistischen Bedingungen aber war zu erwarten, dass alte Interessengruppen und informelle Strukturen die Einführung marktförmiger Institutionen zutiefst prägen würden. Kein Bruch mit der Vergangenheit, sondern je nach kommunistischer Vorgeschichte spezifische Rekombinationen alter und neuer Koordinationsformen würden verschiedene Entwicklungspfade eröffnen, die durch unterschiedliche Grenzziehungen zwischen privatem und öffentlichem Sektor, Interaktionsformen zwischen heimischen Unternehmen und ausländischen Investoren etc. gekennzeichnet seien (Stark/Bruszt 2001).

Die Transformationsforschung verdankt einem solchen, historisch fundiertem Institutionalismus zum ersten soziologisch konkretisierte Analysen des Gewicht der kommunistischen Vorgeschichte, zum zweiten eine Vorstellung davon, wie formelle und informelle Institutionen und Netzwerke in Wandlungsprozessen ineinander greifen und zum dritten, wie ein Institutionentransfer in unterschiedliche gesellschaftliche Kontexte hinein gegenläufige Wirkungen erzeugen kann. Weniger ist über die Gestalt der neu entstehenden Institutionensysteme zu erfahren, denn die Konzepte der Rekombination von alten und neuen Elementen, der *bricolage*, und hybrider Regeln sind zu schwach, um hierüber Prognosen abgeben zu können. Stark konnte aufgrund seiner Aversion gegen teleologische Vorstellungen nicht einschätzen, welche Auswirkung die Zielorientierung auf den Beitritt zur Europäischen Union auf den Transformationsprozess der CEE-8 haben würde, der Blick auf Netzwerke und Seilschaften unterschätzte den strukturierenden Einfluss von Institutionentransfers.

Einen wichtigen Schritt, um historisch pfadabhängige Transformationen auf die Herausbildung spezifischer Institutionensysteme zu beziehen, hat David Lane

(2005; vgl. Lane/Myant 2007) vollzogen, indem er den *Variety of Capitalism*-Ansatz auf jenen »footprint« bezieht, den die sozialistische Modernisierung in Osteuropa hinterlassen hat. Lane konstatiert zunächst einen Mangel an marktkomplementären Institutionen sowie schwache Unternehmerklassen mit geringer Marktorientierung. Das Spektrum postkommunistischer Länder wird danach klassifiziert, in welcher Gestalt und in welchem Ausmaß sie den institutionellen Unterbau für tragfähige Marktwirtschaften gleichsam nachliefern, um vor diesem Hintergrund das Profil des russischen Kapitalismus und seine Differenzen zu anderen Ländern der Region empirisch zu operationalisieren. Anhand des Transnationalisierungsgrads, der Zusammensetzung der Exporte, der Art der Unternehmensfinanzierung, der Arbeitslosigkeit und der Ungleichheitsdynamik lassen sich einerseits klare Unterschiede zu westlichen Varianten des Kapitalismus andererseits deutliche intraregionale Differenzen ausmachen. Wie die postkommunistischen Spielarten des Kapitalismus mit den Strukturen der politischen Systeme und dem vorherrschenden gesellschaftlichen Bewusstsein vermittelt sind, lässt Lane allerdings offen. Andere Autoren haben weitere politische und Wohlfahrtsindikatoren hinzugefügt und anhand von mehr als 60 Messgrößen Ländercluster identifiziert, unter denen die Gruppe der CEE-8 klar hervorsticht. Dies nun insbesondere in politischer Hinsicht: Hier finden wir pluralistische Demokratien mit vergleichsweise hohen sozialstaatlichen Ausgaben. Der Abstand der Produktionssysteme dieser Gruppe zu den postindustriellen Ländern Westeuropas markiert zugleich eine neue Grenze innerhalb der erweiterten EU (McMenamin 2004).

Je mehr Indikatoren in die Charakterisierung von Ländern und Ländergruppen eingehen und auf diesem Weg die verfügbaren Daten sinnvoll strukturieren, desto klarer treten allerdings die theoretischen Grenzen des Ansatzes zutage. Die konkrete Analyse institutioneller Komplementaritäten wird durch statistische Cluster ersetzt, mit der Folge, dass über die Anzahl von Ländertypen und ihre Abgrenzung keine Übereinkunft besteht; die »Logiken« der Koordination bleiben unscharf, Politik wird tendenziell auf Regulation verkürzt, Demokratisierung wird nicht eigens problematisiert. »Kultur« fungiert als eine Residualkategorie, die funktional auf die »Einbettung« von Märkten, auf die Herstellung von »Vertrauen« und die Senkung von »Transaktionskosten« bezogen ist. Der historisch einmalige Prozess des Institutionentransfers nach Osteuropa und der formative Einfluss der EU-Integration auf die Neuordnung der Region werden allenfalls beiläufig erwähnt.

Die konstitutive Rolle kultureller Muster für die Deutung der postkommunistischen Situation, für die diskursive und symbolische Konfliktverarbeitung und die Legitimation neuer Institutionen steht dagegen im Zentrum makrosoziologischer Analysen des Aufbaus komplexer Institutionensysteme. In diesem Kontext gewinnt Shmuel Eisenstadts Theorie der Codekonfigurationen ihre Bedeutung (vgl. Müller 1999). Ihr zufolge sind Symbole und Symboltraditionen das Medium, in dem

Gesellschaften und gesellschaftliche Gruppen die in Zeiten radikalen Wandels unvermeidbaren Krisen und Konflikte verarbeiten. Diese Symbolisierungen artikulieren Bewertungen der Realität im Hinblick auf zukünftige Zustände und organisieren kraft dieser Zielorientierung die Bereitschaft zur Teilnahme an Veränderung. Über den Status kultureller Wertmuster hinaus enthalten sie programmatische Anleitungen zur Verteilung ökonomischer und politischer Ressourcen, über das Verhältnis von Macht und Solidarität, Gleichheit und Hierarchie. Vor diesem Hintergrund liegt es nahe, die Übernahme des westeuropäischen Regelwerks als eine relativ späte Konkretisierung des dominanten Wertmusters zu interpretieren, aus dem der zentraleuropäische Postkommunismus seine Orientierung gewann, während im postsowjetischen Raum die kulturellen Voraussetzungen für seine Übernahme fehlten.

Zur kulturellen Codierung der europäischen Integration

Welchen Erkenntnisgewinn also bringt ein makrosoziologischer Begriff des Aufbaus komplexer Institutionensysteme mit sich, wenn man ihn auf die erweiterte Europäische Union appliziert? Zunächst, dass wir es nicht nur mit Markterweiterungen, Institutionentransfers oder einem weiteren funktionalen Integrationsschritt zu tun haben. Transfers von Institutionen und Regelsystemen sind historisch gesehen nur unter sehr spezifischen Bedingungen erfolgreich gewesen. Aus vergleichenden Forschungen wissen wir, dass dabei die Rezeptivität und die Elitenkonstellation der Empfängerländer sowie der Übertragungsmodus eine entscheidende Rolle spielen (Berkowitz u.a. 2000).

Was die Rezeptivität angeht, so lässt sich die Grenze, die Osteuropa durchzieht, zunächst an unterschiedlichen Staatskapazitäten, zugleich aber auch an unterschiedlichen Staatsverständnissen festmachen. Während sich die CEE-8 Staaten durch Akte nationaler Neugründung in Absetzung von Moskau stabilisierten, desintegrierten die staatlichen Institutionen im postsowjetischen Raum, die Gesellschaften fielen auf neo-patrimoniale Netzwerke von Patron-Klient-Beziehungen zurück. In dieser Umwelt eine kohärente Reformpolitik oder gar zivile Selbstorganisation zu erwarten, war illusorisch. Erst nach einem Jahrzehnt unschlüssiger Politikansätze wurde Staatlichkeit als das zentrale Problem der Russischen Transformation erkannt und eine – ihrerseits höchst ambivalente – Rezentralisierung von Macht eingeleitet (vgl. Müller 2003). Und hier liegt zugleich die prinzipielle Differenz zwischen den europäischen und den fernöstlichen Varianten der Transformation: China und Vietnam nutzten die Kontinuität eines autoritären Staats für neo-merkantilistische Exportstrategien; eine demokratische Transition oder sozialstaatliche Inklusion war von vornherein keine Option.

Der relative Erfolg der CEE-8 lässt sich also zunächst mit der Rezeptivität ihrer Politik für Institutionentransfer erklären. Kligman und Szelenyi (2002: 11ff. bes. Tab. 1.1.) führen die zentraleuropäische und baltische Variante des postkommunistischen Kapitalismus darauf zurück, dass hier ein neo-liberaler Kapitalismus von außen, auf dem Weg ausländischer Direktinvestitionen und Liberalisierungsvorgaben verhindert hat, dass sich alte Eliten in den neuen Institutionen festsetzen und das Parteiensystem dominieren konnten. Aufgeklärte Technokraten schlugen demnach im Bündnis mit kritischen oder patriotischen Intellektuellen und unter partieller Einbindung der Arbeiterklasse die Parteibürokraten alten Typs. »Neoliberal« war dabei eher die Rhetorik als der faktische Zuschnitt der Reformpolitik. In der Realität wurde die Richtung der Reformen durch das Ziel des EU-Beitritts und die dafür vorgegebenen institutionellen Kriterien bestimmt – also gerade nicht durch die Mikrodyamik deregulierter Märkte. Warum aber ist das im internationalen Vergleich durchaus riskante Projekt, verunsicherten Gesellschaften von außen her Staatsfunktionen anzutragen, im zentraleuropäischen Fall auf fruchtbaren Boden gefallen, in sehr vielen anderen Fällen aber nicht? Was erklärt die gerade hier gegebene Rezeptivität? Entscheidend für die Bereitschaft zu diesem Institutionentransfer und die mit ihm verbundenen Zumutungen war seine kulturelle Codierung und seine Interpretation als »Europäisierung«. Nur unter diesem Vorzeichen konnten die Konditionalitäten der EU mit der nationalen Rekonstitution und dem Selbstverständnis der Reformstaaten (hinreichend) kompatibel gemacht werden.

Die Systematik der EU-Anforderungen ist allgemein bekannt. Gleichwohl wurde sie häufig missverstanden und aus falschen Gründen kritisiert – als Weg in die Knechtschaft der Brüsseler Bürokratie oder als »harter Schlag gegen den nationalen Stolz« (Moravcsik/Vachudova 2003: 47). Umgekehrt befürchteten Kosmopoliten wie Jürgen Habermas, dass die Osterweiterung ein überholt nationalistisches Souveränitätsverständnis in die postnationale EU hineinschleusen würde.

Einwände dieser Art verkennen einerseits den Sinn einer institutionellen Transformationsstrategie und die durch sie abgefangenen Instabilitäten; andererseits unterschätzen sie die kulturelle Affinität zwischen der alten EU und ihren neuen Mitgliedern. Die jüngst einer vielleicht doch übereilten Osterweiterung zugeschriebenen Konflikte werden besser verständlich, wenn man sie nicht als Aufeinanderprallen von West und Ost begreift, sondern als konfligierende Interpretationen einer dessen, wie die notwendigerweise diffuse Vorstellung der »Zugehörigkeit zu Europa« zu konkretisieren sei, wobei ich mich hier auf drei Aspekte beschränke.

Zum ersten sollte man das EU-Regelwerk als ein öffentliches Gut begreifen, auf das die osteuropäischen Regierungen zurückgreifen konnten, um die bei der Neukonstitution von Institutionen notwendigerweise anfallenden Suchkosten und Konflikte zu minimieren. Die Verabschiedung EU-relevanter Gesetze musste nicht den zeitaufwendigen Weg durch Ausschüsse und Parlamente durchlaufen. Die Unbe-

stimmtheiten des EU-Regelwerks ließen Spielräume für unterschiedlich zugeschnittene Systeme, um den spezifischen Traditionen der einzelnen Länder gerecht zu werden (Raik 2004). Man kann seine »Übersetzung« in nationales Recht also durchaus von einer bloßen Übernahme unterscheiden. Der Code der »Europäisierung« hat auf dem Weg einer Reinterpretation von Staatlichkeit die Handlungsfähigkeit und zugleich die Legitimation der Politik erhöht.

In Russland dagegen zogen polarisierte Auffassungen über die Regeln von Politik und Ökonomie erratische Kurswechsel nach sich. In den postsowjetischen Republiken fielen die Staatskapazitäten auf das Niveau von Entwicklungsländern. Der unter Wladimir Putin wiederbehauptete russische Staat begreift sich nun als »souveräne Demokratie« – weniger im staatsrechtlichen Sinn, denn als Verkörperung ökonomischer und geopolitischer Macht, deren kulturelle Identität durch eine nationale Elite (mit der Orthodoxie als integralem Bestandteil) repräsentiert wird (Krastev 2006). Zu dieser Denkweise passt, dass Putin in bewusster Absetzung zur EU die Schanghai-Cooperation als »Neues Modell für erfolgreiche internationale Kooperation« empfiehlt – als Zusammenarbeit »einzigartiger Zivilisationen«, die einen »herausragenden Beitrag zum universellen kulturellen Erbe« geleistet hätten (Putin 2006).

Auf einer generalisierten, politisch-kulturellen Ebene lag eine zweite Erfolgsbedingung der zentraleuropäischen Transformation – die Brücke zwischen der egalitären Tradition der zentraleuropäischen Gesellschaften und einem wie immer diffusen »europäischen Sozialmodell«. In den CEE-8 war die staatliche Rekonstruktion weniger in Diskurse über Macht als in Diskurse über Gerechtigkeit, Solidarität und Kompensation eingebettet. Hier und den baltischen Ländern sind die sozialen Transfers – unabhängig von der Zusammensetzung der Regierungen – im Verlauf des letzten Jahrzehnts gestiegen. Die Zunahme von Armut und sozialen Ungleichheiten hielt sich, im Kontrast zu Russland und der Ukraine, in Grenzen.

Zum dritten ging die erhöhte Handlungsfähigkeit der zentraleuropäischen Politik mit einer überraschenden Rekonstruktion der politischen Kultur zusammen: mit einer Europäisierung des »östlichen Nationalismus«. Die kombinierte Macht extern vorgegebener Normen und Anreize hat Minderheitenrechte selbst gegen massiven internen Widerstand durchgesetzt (Kelley 2004). Ethnische Selbstbehauptung, Xenophobie als Regierungsprogramm und alte Grenzstreitigkeiten blieben im Großen und Ganzen auf das auseinander fallende Jugoslawien beschränkt. Die Parteien-Systeme der CEE-8 sind nicht durch ethnische Polarisierung dominiert. Zwar sind Konflikte zwischen nationaler Identität und einer »Europäisierung« der politischen Kultur auch in ihnen präsent, nationaler Widerstand gegen Europa aber war eher eine Hoffnung rechtsgerichteter Populisten als politische Realität (vgl. Müller/Pickel 2007).

Andauernde Kulturkonflikte – Vergleiche in gegenläufiger Richtung

Wenn auch die Beitrittsländer im Vergleich zu ihren östlichen Nachbarn eine erfolgreiche Varietät des postkommunistischen Kapitalismus darstellen, brechen nicht doch innerhalb der erweiterten EU tiefgreifende Konflikte auf? Sind nicht die gegenwärtigen Regierungskrisen, dubiosen Koalitionen und außerparlamentarischen Aktionen doch ein Beweis für die Instabilität der Region? Wird Polen die Verpflichtung zum Beitritt in die Euro-Zone einhalten wollen, oder zeichnet sich hier ein xenophober Nationalismus ab, der im Beitrittsprozess nur strategisch zurückgestellt war? Lassen weitergehende Reformanstrengungen nicht bereits messbar nach? (World Bank 2006). Bedauert die EU nicht rückblickend ihrerseits das zu laxe Erweiterungsverfahren, wenn sie von der Notwendigkeit eines »neuen Erweiterungskonsenses« spricht? Sollten für die erweiterte EU nicht ohnehin eher EU-Maßstäbe gelten, als überholte Vergleiche mit der postsowjetischen Konfliktzone?

Ohne die angedeuteten Gefahren zu unterschätzen, sollte man sie doch nicht überdramatisieren – und hier hilft gelegentlich ein vergleichender Blick in westlicher Richtung. Auch frühere Episoden der europäischen Integration waren nicht krisenfrei; der Code der »Europäisierung« wurde auch in den Ländern des alten Europa unterschiedlich operationalisiert. Es ist daher unangemessen, die Solidität der alten EU gegen im Kontrast zu den unsicheren Neuzugängen zu hoch zu stilisieren. Ökonomische Einbrüche, Zahlungsbilanzungleichgewichte und Glaubwürdigkeitskrisen hatten auch in der alten EU bisweilen erschreckende Dimensionen angenommen. Bis in die 1970er Jahre suchten westeuropäische Länder wiederholt Zuflucht in Abwertungen und beim IWF; auch in ihnen machen sich bis in die Gegenwart immer wieder ökonomische Nationalismen breit. Während Polen, Ungarn und Tschechien den Verpflichtungen zur Vorbereitung auf den Euro nicht nachkommen, räsonieren italienische Politiker bereits, ob Italien nicht besser die Eurozone verlässt.

Gravierender als ökonomische Gefahren erscheint das Risiko, dass die Rhetorik rechtsgerichteter Segmente der osteuropäischen Politik doch noch in einen »östlichen Nationalismus« mit antieuropäischer Stoßrichtung abkippt. Ich vermute hinter dieser Fassade allerdings eher einen erwartbaren Wertkonflikt zwischen nationaler Identität und einer »Europäisierung« der politischen Kultur, der auch in westlichen Ländern anzutreffen ist. Nationalistische Formeln werden periodisch neu aufgelegt, um Wähler zu mobilisieren oder typischerweise auch, um die je eigene Verhandlungsposition innerhalb der EU zu erhöhen. Verglichen mit den britischen Extravaganzen unter Margaret Thatcher verläuft das bislang moderat: Keines der neuen Mitglieder drängt auf Ausnahmen vom EU-Vertrag wie seinerzeit London;

die Umsetzung von EU-Direktiven erfolgt oft zügiger als im alten »Kern«. Eine Konfrontation wie die zwischen Russland und Georgien, der Ukraine und Belarus ist zwischen Ungarn und der Slowakei kaum vorstellbar. Während nationalistische Parteien immer wieder Regierungen bilden, okkupieren sie nirgends das politische System. Ein antistaatlicher Terrorismus nationalistischer Gruppen, wie in Spanien, auf Korsika oder in Nordirland, blieb den CEE-8 erspart.

Tatsächlich hat der mittelosteuropäische Nationalismus eine tiefgreifende Transformation durchlaufen und die Zugehörigkeit zum modernen Europa in seine Identität eingebaut. Die Beitrittsländer waren zu dem für Staaten höchst ungewöhnlichen Schritt bereit, essentielle Hoheitsrechte an supranationale Gremien zu delegieren. Diese – im politischen Prozess keineswegs reibungslose – Erweiterung nationaler Identität um eine europäische Dimension war nicht nur das Werk abgehobener Eliten. Aufschlussreich für die fortgeschrittene Europäisierung der politischen Kultur ist die Einstellung der Bevölkerungen zu den europäischen Institutionen: In allen neuen Mitgliedsländern wird die Demokratie auf europäischer Ebene höher eingeschätzt als die im je eigenen Land; die Unterstützung für einen europäischen Verfassungsvertrag lag über der Zustimmung in den alten Mitgliedsländern; selbst in den sensiblen Bereichen der Außen- und Sicherheitspolitik zeigen sich klare Präferenzen für europäische gegenüber nationalen Lösungen. Europaweit wird die vergrößerte EU als »guter Weg zur Vereinigung des Kontinents«, als Ausdruck gemeinsamer Interessen und Werte begrüßt – wenn man im Osten auch besser über die Vorteile, im Westen besser über die Probleme informiert zu sein meint, ohne dies freilich über vorproduzierte Stereotypen hinaus begründen zu können. Anders ausgedrückt: Der für die Europäische Union konstitutive Wertkonflikt zwischen nationaler Identität und Zugehörigkeit zu Europa wurde hier so ausbalanciert, dass man »Europäisierung« als Zugewinn nationalen Prestiges versteht (Eurobarometer 60 CC-EB 2003.4: 6–10; Eurobarometer 266, 2007: Special European Barometer 255, 2006: 21ff.).

Ausbalanciert, aber nicht aufgelöst, denn die Institutionalisierung der EU ist selbst ambivalent und anfällig für abweichende Interpretationen. Das gilt für die Arenen der Politikformulierung, die (nicht immer transparent) auf nationale, intergovernmentale und supranationale Instanzen verteilt sind. Das gilt selbst für den »gemeinsamen Markt«, der in Großbritannien und Skandinavien aus einer Freihandelsperspektive, von Frankreich, Deutschland und Italien unter dem Gesichtspunkt gemeinsamer Regulierung (»Zivilisierung«) gesehen wird. Die »drei Welten des Wohlfahrtsstaats« finden bequem innerhalb des »europäischen Sozialmodells« Platz. Es bedurfte also nicht erst eines gescheiterten Verfassungsvertrags, um ins Bewusstsein zu bringen, dass der kulturelle Code der europäischen Integration – in vertraglichen Grenzen – unterschiedliche Konkretisierungen zulässt. Wenn diese Grenzen in den neuen Mitgliedsländern punktuell überschritten werden, dann sollten »West-

europäer in der Tat schockiert sein, aber nicht, weil die Osteuropäer so verschieden, sondern weil sie selbst ihnen so ähnlich sind« (Motyl 2006). Wenn diese Einschätzung zutrifft, dann kann man die mittelosteuropäischen Gesellschaften durchaus dem europäischen Kapitalismus als eine (weitere) Sub-Variante zurechnen.

Literatur

- Berkowitz, Daniel u.a. (2000), »Economic Development, Legality, and the Transplant Effect«, *CID Working Paper*, H. 39, Cambridge.
- Bönker, Frank/Müller, Klaus/Pickel, Andreas (2003): *Postcommunist Transformation and the Social Sciences: Cross-Disciplinary Approaches*, Lanham.
- Hall, Peter/Soskice, David (Hg.) (2001), *Varieties of Capitalism. The Institutional Foundations of Comparative Advantage*, Oxford.
- Hollingsworth, J. Rogers/Boyer, Robert (Hg.) (1997), *Contemporary Capitalism*, Cambridge.
- IMF (Hg.) (2005), *World Economic Outlook, September 2005, Building Institutions*, Washington.
- Kelley, Judith G. (2004), *Ethnic Politics in Europe: the Power of Norms and Incentives*, Princeton.
- Kitschelt, Herbert (Hg.) (1999), *Continuity and Change in Contemporary Capitalism*, Cambridge.
- Krastev, Ivan (2006), »Sovereign Democracy«, Russian-Style«, *Open Democracy*, 16. November 2006.
- Kligman, Gail/Szelenyi, Ivan (2002), *Poverty and Social Structure in Transitional Societies*, Berlin.
- Lane, David/Myant, Martin (Hg.) (2007), *Varieties of Capitalism in Post-Communist Countries*, London.
- Lane, David (2005), »Emerging Varieties of Capitalism in Former State Socialist Societies«, *Competition & Change*, Jg. 9, H. 3, S. 227–247.
- McMenamin, Ian (2004), »Varieties of Capitalist Democracies. What Difference Does East-Central Europe Make?«, *International Public Politics*, Jg. 24, H. 3, S. 259–274.
- Moravcsik, Andrew/Vachudova, Milada (2003), »National Interests, State Power and EU Enlargement«, *East European Politics and Societies*, Jg. 17, H. 1, S. 42–57.
- Motyl, Alexander (2006), »Letter«, *The Economist*, 28 Oktober 2006, S. 22.
- Müller, Klaus (1999), »Institutionalisierung und Transformation«, *Berliner Debatte INITIAL*, Jg. 10, H. 1, S. 4–13.
- Müller, Klaus (2003), »Russlands Europäisierung«, *Ostenropa*, Jg. 53, H. 9–10, S. 1440–1455.
- Müller, Klaus/Pickel, Andreas (2007), »Raznoobrazie Nacionalizna v Postkommunisticheskoy Vostochnoj Evrope«, *Vostochnoevropejskie issledovanija*, Jg. 3, H. 2, im Erscheinen.
- Putin, Vladimir (2006), »SCO – a New Model of Successful International Cooperation«, in: http://www.kremlin.ru/eng/speeches/2006/06/14/0014_type104017_107007.shtml (14. Juni 2006).
- Raik, Kristi (2004), »EU Accession of Central and Eastern European Countries. Democracy and Integration as Conflicting Logics«, *East European Politics & Societies*, Jg. 18, H. 4, 567–594.
- Shleifer, Andrei, Treisman, Daniel (2004), »A Normal Country«, *Foreign Affairs*, Jg. 83, H. März/April, S. 20–38.
- Stark, David/Bruszt, László (2001), »One Way or Multiple Paths? For a Comparative Sociology of East European Capitalism«, *American Journal of Sociology*, Jg. 106, H. 4, S. 1129–1137.

World Bank (Hg.) (2006), *EU8. Administrative Capacity in the New Member States. End of Innovation?*, Washington.